

«Die Defizite kommen nicht überraschend»

Erwin Carigiet, scheidender Triemli-Direktor, nimmt Stellung zu den finanziellen Problemen am Stadtspital

Herr Carigiet, das Triemlispital befindet sich derzeit in arger Schieflage. Gleichzeitig treten Sie zurück. Etwas bösartig formuliert könnte man sagen: Die Ratten verlassen das sinkende Schiff.

Ich glaube, nach 36 Jahren im öffentlichen Dienst darf man zurücktreten. Ohnehin ist eine Aufgabe wie das Führen eines Spitals nie beendet, es kommen immer wieder neue Herausforderungen. Von einer Flucht würde ich deshalb nicht sprechen. Und ich verlasse bestimmt kein sinkendes Schiff.

Die finanziellen Probleme des Spitals haben also keine Rolle gespielt für Ihren Entscheid?

Nein. Spitäler stehen immer wieder vor finanziellen Herausforderungen. Andere Spitäler werden ihre grossen Bauprojekte auch nicht ohne Schulden oder Verpflichtungen über die Bühne bringen können.

Was hat Sie denn dazu bewogen, vorzeitig in Rente zu gehen?

Etwas ganz Wichtiges war die neue Spitalerstrategie, die nun Fahrt aufnehmen soll. Auch bis zu meiner ordentlichen Pensionierung hätte ich das Projekt nur bis in die Hälfte begleiten können. Ich finde es deshalb sinnvoll, dass jemand Neues übernimmt, der die Strategie von Anfang an mitgestalten und nachher auch umsetzen kann.

Sie wollten ursprünglich bis Ende März bleiben, werden nun aber schon in wenigen Tagen abgelöst. Sind Sie zum Rücktritt gedrängt worden?

Nein, das war mein eigener Entscheid. Mit André Zemp stand bereits ein guter Nachfolger bereit, den ich als Unternehmensberater ins Spital geholt habe. Weil mir die Übergabe an ihn sinnvoll erschien, konnte ich dem Wunsch relativ locker nachkommen.

Es bestand also schon der Wunsch nach einem raschen Wechsel.

Natürlich war der Wunsch da, weil ein valabler Kandidat bereitstand. Und zwei Direktoren verträgt ein Haus nicht länger als einen Monat.

Wenn Sie schon von zwei Direktoren sprechen: Sie haben mit Claudia Nielsen ja eine Gesundheitsvorsteherin über sich, der man nachsagt, dass sie sich gerne auch sehr direkt ins Spitalmanagement einmischt.

Claudia Nielsen habe ich nie als zweite Direktorin wahrgenommen. Wir hatten einen professionellen Umgang miteinander.

Gab es keine Konflikte?

Jeder hat mit seinem Chef oder seiner Chef-in-Meinungsverschiedenheiten. In der Arbeitsbeziehung zwischen Claudia Nielsen und mir kam das aber nicht in einem unüblichen Mass vor.

Bekommen Sie eine Abfindung dafür, dass Sie früher gehen?



Erwin Carigiet tritt vorzeitig als Direktor des Zürcher Stadtspitals Triemli zurück und geht in Frühpension.

SIMON TANNER / NZZ

Die Finanzprobleme der Stadtspitäler

jhu. · Die Stadtspitäler Triemli und Waid stecken in finanziellen Nöten. Für das laufende Jahr rechnet die Stadt beim Triemli mit einem Defizit von gegen 30 Millionen Franken. Auch beim Waidspital geht die Stadt davon aus, dass das Budget um 9 Millionen Franken verfehlt wird. Und für die kommenden Jahre sieht es nicht viel besser aus. Insbesondere die Anlagenutzungskosten für die Neu- und Umbauten lasten schwer auf der Rechnung des Triemlispitals.

Obschon aus dem Parlament immer wieder eine Strategie für die Stadtspitäler gefordert worden war, präsentierte Gesundheitsvorsteherin Claudia Nielsen erst im März 2017 ihren Plan. Dieser sieht unter anderem vor, die beiden

Stadtspitäler zu fusionieren. Zudem ist die Rede von einem Schuldenschnitt von 500 Millionen Franken. Das Strategiepapier definiert aber lediglich Eckwerte. Viele Fragen sind noch offen. So hat der Stadtrat insbesondere nicht entschieden, welche Rechtsform die beiden Häuser künftig haben sollen. Als Teil der städtischen Verwaltung sind sie heute absolute Exoten unter den Schweizer Akutspitälern.

Das Strategiepapier wird derzeit im Parlament beraten. Nielsen rechnet damit, dass bis 2020 die zentralen Entscheidungen gefällt und in der Umsetzung sind. Bis dann soll auch die Frage der Rechtsform geklärt werden, wie sie in einem Interview mit der NZZ sagte.

Nein, eine Abfindung gibt es nicht. Auf die näheren Umstände möchte ich nicht eingehen. Wir haben diesbezüglich Stillschweigen vereinbart.

Was braucht es, damit das Triemli aus der Krise kommt?

Wir müssen einen Weg finden, wie wir die beiden Stadtspitäler kapitalisieren können. Abgesehen von drei Dinosauriern verfügen alle Spitäler in der Schweiz über Eigenkapital. Zudem braucht es eine Verselbständigung der Stadtspitäler, wobei sie im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben sollen. Heute ist der ganze Gemeinderat unser Direktor. Zum Beispiel muss jede wiederkehrende Ausgabe über 50 000 Franken ins Parlament. Das kostet uns extrem viel Zeit. Zudem sieht damit die Konkurrenz immer, was wir vorhaben.

Wo hat Sie das behindert?

Gescheiterte Projekte kann ich hier nicht ausbreiten. Aber nehmen wir ein Beispiel: Wenn Sie mit einem anderen Spital zusammen investieren wollen in ein teures Gerät, dann geht das bei uns viel zu lange. Die Konkurrenz kommt uns zuvor. Viele Projekte geht man gar nicht erst an, weil es so kompliziert ist.

Sie haben von einer Verselbständigung gesprochen. Was wäre aus Ihrer Sicht die ideale Rechtsform?

Für mich kommt eine gemeinnützige Aktiengesellschaft oder eine öffentlich-rechtliche Anstalt infrage. Am flexibelsten ist natürlich die AG.

Wäre es nicht besser gewesen, man hätte das Triemli schon früher verselbständigt?

Das ist eine gute Frage. Die Defizite, die wir heute haben, kommen ja nicht wirklich überraschend. Alle haben das kommen sehen können, auch die Politik. Zunächst hat das aber nicht so interessiert, weil man die Auswirkungen noch nicht gespürt hat. Natürlich wäre es ideal gewesen, wenn das Triemli schon früher verselbständigt worden wäre.

Hätten nicht auch Sie als Direktor das Problem anpacken müssen?

Selbstverständlich haben wir uns im Spital mit dieser Frage auseinandergesetzt, dabei war auch die Verselbständigung ein Thema. Jetzt wird dies Teil der Umsetzung der Spitalerstrategie sein.

Die Strategie der Stadt besteht nun darin, die beiden defizitären Spitäler Waid und Triemli zu fusionieren? Funktioniert das?

Das ist ein sehr anspruchsvolles Vorhaben, auch weil alle Details nun in der Öffentlichkeit verhandelt werden. Es ist sicher sinnvoll, dass man die Spitäler auf ein gemeinsames Ziel ausrichten will. Eine gemeinsame Leitung alleine bringt aber noch nichts, genauso wenig wie eine gemeinsame Rechnung. Es wird auch eine gewisse Konzentration brauchen, doch diese Fragen wird man nun erarbeiten müssen.

Bedeutet das auch Abstriche bei Leistungen und Personal?

Es gibt nur zwei Optionen: Wachstum oder Konzentration. Ich bin überzeugt, dass es in 20 bis 30 Jahren in Zürich noch vier wichtige Spitalstandorte geben wird: das Universitätsspital, den Medizin-Cluster Lengg mit Kinderspital, Balgrist, Schulthess und Hirslanden, den Circle am Flughafen und das Stadtspital, das wohl noch mehr wachsen wird, als wir es uns heute vorstellen können. Die grossen Häuser dürften die besseren Zukunftschancen haben als die kleinen. Für alle werden aber Kooperationen wichtiger.

Wird es das Waidspital noch brauchen?

Ich kann ganz sicher sagen, dass es das Triemli weiterhin brauchen wird. Der

«Natürlich wäre es ideal gewesen, das Triemli wäre schon früher verselbständigt worden.»

ehemalige Chefarzt der Akutgeriatrie des Waidspitals hat sich in einem Leserbrief in der NZZ dahingehend geäussert, dass das Waidspital wieder ein Haus für Altersmedizin werden soll. Ich will mich nicht auf die Äste hinauslassen.

Lassen Sie uns zurückblicken: Sie sind seit 36 Jahren für die Stadt tätig, seit 2008 Triemli-Direktor. Worauf sind Sie stolz?

Bei allem, was ich machte, war mir stets das Gemeinwohl wichtig. Am meisten stolz bin ich auf jene Menschen, die ich für eine Aufgabe entdecken konnte und denen ich so ermöglichen konnte, sich weiterzuentwickeln. Ich bin sehr dankbar, dass ich schon früh Führungsaufgaben übernehmen durfte. Ich würde wieder bei der Stadt Zürich arbeiten.

Sie gehen Ende Monat in Pension. Was haben Sie vor?

Ich schreibe gerne. Ich habe schon einige Bücher zur Sozialpolitik verfasst und sogar einen Krimi, allerdings unter Pseudonym.

Und das lautet?

Das verrate ich nicht (lacht). Das Buch war kein Bestseller, wurde aber immerhin auch als Hörbuch eingespielt. Ich befasse mich zudem mit Religionswissenschaften. Solchen Dingen werde ich mich nun verstärkt widmen können. Und ich werde im Dezember sieben Wochen nach Neuseeland reisen, das zu meiner zweiten Heimat geworden ist. Zudem habe ich verschiedene Angebote aus dem gesundheitspolitischen Bereich, werde mir aber mit dem Entscheid Zeit lassen. Ich möchte nicht gleich wieder voll eingespannt sein. Ich freue mich darauf, nun auch andere Talente ausleben zu können.

Interview: Jan Hudec

Hirslanden reagiert

Beschwerdestelle für Patienten geschaffen

jhu. · In keinem Zürcher Listenspital ist der Anteil an Zusatzversicherten so hoch wie in der Klinik Hirslanden. Für das Spital ist das zwar ein einträgliches Geschäft, es hat ihm aber auch einige Kritik eingebracht. So wurde gerade von linken Politikern immer wieder behauptet, Hirslanden wimmle gezielt grundversicherte Patienten ab. Für ein Spital mit kantonalem Leistungsauftrag wäre das nicht zulässig. Deshalb hat sich auch die Gesundheitsdirektion der Frage angenommen und im vergangenen Jahr in der Klinik Audits durchgeführt. Dabei wurde aber keine Benachteiligung von Grundversicherten festgestellt. Trotzdem hält sich das Image der Rosinenspinner hartnäckig. Wie Hirslanden nun

angekündigt hat, richtet die Klinik eine unabhängige Beschwerdestelle für Patienten ein, die sich abgewiesen fühlen oder der Ansicht sind, zu lange warten zu müssen. Die Führung der Ombudsstelle übernimmt die Beratungsfirma KPMG. Sämtliche Beanstandungen sollen in anonymisierter Form einmal pro Jahr veröffentlicht werden.

Gemäss einer Medienmitteilung begrüsst die CVP das «proaktive Vorgehen». Gleichwohl werde man den politischen Druck hoch halten. Für die CVP stelle sich grundsätzlich die Frage, ob weiterhin Spitäler durch den Staat mitfinanziert werden sollen, «die sich gewinnmaximierend auf Zusatzversicherte fokussieren».

Fonds wenig genutzt

Betroffene von Zwangsmassnahmen melden sich nicht

vö. · Gemäss Schätzungen des Bundes leben in der Schweiz immer noch 12 000 bis 15 000 Menschen, die vor 1981 Opfer von fürsorglichen Massnahmen geworden sind. Manche fanden trotzdem den Weg in die Normalität, für andere setzten sich die schwierigen Lebensumstände fort. Der Bund schuf deshalb einen Fonds für Soforthilfe. Seit Anfang Jahr können alle Betroffenen ein Gesuch für einen Solidaritätsbeitrag im Sinne einer Wiedergutmachung stellen. Kantonale Anlaufstellen und Staatsarchive stehen ihnen dabei zur Seite.

Bis Ende Juni sind beim Bund allerdings erst 2536 Gesuche eingetroffen, rund 350 Personen haben sich bis zu diesem Datum bei der Opferberatung

Zürich (OBZ) gemeldet. Das ist nicht einmal die Hälfte der auf rund 800 geschätzten Opfer im Kanton Zürich, wie die Regierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage schreibt. Die OBZ habe bis Ende Juni für lediglich 160 Betroffene Gesuche eingereicht, wie viele Opfer selbständig an den Bund gelangt sind, sei nicht bekannt. Zudem sei bei weiteren Betroffenen die Aktensuche noch nicht abgeschlossen, monatlich würden 15 bis 30 neue Gesuche eingehen.

Weshalb der Anteil eingereicherter Gesuche im Verhältnis zur Bevölkerungszahl so tief ist, lässt sich laut Regierung nicht schlüssig erklären. Ein Problem sieht sie im Fehlen zuverlässiger Opferzahlen.

Kiebitz-Kolonien erholen sich

Erfolge an Zürich- und Obersee

asü. · Das Kiebitzprojekt der Stiftung Frauenwinkel ist im Jahr 2017 erfolgreich verlaufen. Dies schreibt der Kanton Schwyz. Die Brutstandorte in den Naturschutzgebieten Frauenwinkel bei Pfäffikon (SZ) und im Nuoler Ried würden sich erholen. Unter anderem dank Schutzzäunen und guter Kooperation mit den Bauern hätten im Frauenwinkel 2017 16 Brutpaare mit 31 flüggen Vögeln gezählt werden können. Im Nuoler Ried seien 15 Brutpaare mit 29 Jungvögeln beobachtet worden. Inzwischen seien die Kiebitzkolonien in den beiden Gebieten am Zürichsee und am Obersee die grössten in der Ostschweiz. 2018 werde das Förderprojekt fortgesetzt.